

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 3

Artikel: Das Problem "Österreich"
Autor: Heigl, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-155743>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dessen Gegner zu verteidigen. Da militärisch der Völkerbund aber für das europäische Festland so gut wie gleichbedeutend ist mit dem französischen Generalstab, ist die Schweiz nun gegenüber dem französischen Generalstab in jenes Verhältnis geraten, das dieser im Jahre 1917 schon anstrehte, das aber von der Schweiz damals noch mit aller Bestimmtheit abgelehnt wurde. Es ist nicht zufällig, daß diejenigen, die im Winter 1916/17 und zu andern Zeitpunkten des Weltkrieges die kritische Lage unserer Neutralität aus der unmittelbaren Anschauung kannten und wußten, wie sehr in solchen Augenblicken alles darauf ankommt, den kriegsführenden Parteien keinen Anlaß zu Zweifeln an der Unparteilichkeit und Zuverlässigkeit unserer Neutralität und keinen Vorwand zu deren Verleugnung zu geben, sich einmütig gegen den überstürzten und unüberlegten Schritt aussprachen, der uns bei künftigen Kriegssällen dieser Eigenschaften unserer Neutralität beraubt hat. Dieser Tage hat sich zum fünften Mal der Tag gefährt, an dem eine schon zu weit vorgeschrittene Entwicklung mit knappem Mehr die Genehmigung des Volkes erhielt. Da von all den schönen Versprechungen, mit denen man dem Volk die Zustimmung erleichtern wollte, nicht eine Wirklichkeit geworden ist, möchte man auch gern Vergessenheit darüber breiten, wie viel Schaden unserm Land aus jenem Entscheid entstanden ist. Völkerschicksale werden aber oft in wenigen Tagen, ja Stunden entschieden. Dann gibt den Ausschlag, was in Jahren und Jahrzehnten vorbereitet und getan oder nicht vorbereitet und nicht getan worden ist. Ein Rückblick auf die Vorgänge des Winters 1916/17 ist geeignet, uns den Weg zu weisen, den wir künftig wieder gehen müssen, wenn der 16. Mai 1920 für unser Land nicht einmal ein Tag größten Unheils gewesen sein soll.

Das Problem „Österreich“.

Von Paul Heigl, Wien.

Das ist die Eigentümlichkeit Österreichs: während alle Staaten der Nachkriegszeit bei ihrer Aufbauarbeit nur mehr minder schwere Probleme zu lösen hatten und haben, ist der Staat Österreich selbst auch heute noch ein Problem. Wenn er auch äußerlich mit allen Attributen eines sozusagen „souveränen“ Staates ausgestattet ist — das wichtigste Element seiner Staatlichkeit, die dauernde Lebensfähigkeit in der gegebenen Form und in der gegebenen Einbettung in die neuerstandene Staatenwelt Mitteleuropas ist ihm versagt geblieben. Das Fehlen jedweder Garantie dafür, daß er das ihm — allerdings nur auf geduldigem Papier verbrieft — politische und wirtschaftliche Eigenleben je wird führen können, macht diesen Staat eben zu einem durchaus problematischen Gebilde, zwang seine Konstrukteure und Anrainer bereits mehrmals, sich mit der österreichischen Frage zu befassen und nötigt sie auch jetzt wieder, zu dem sich selbst aufrollenden Problem

Stellung zu nehmen. Das Problem „Österreich“ ist wieder aktuell, vielleicht aktueller denn je. Es wird neuerdings von allen möglichen Seiten her beleuchtet, mit großer Umständlichkeit und anscheinender Tiefgründigkeit erörtert, hunderte von Federn, auch solche in den Händen von Staatsmännern, hat es in Bewegung gesetzt. Bald sieht man es als eine „europäische Angelegenheit“ an, bald behauptet man sogar — und zwar nicht nur in Österreich! —, daß das armselige Geschöpf im Herzen Europas derzeit „im Mittelpunkt der Weltpolitik“ stehe. Nun mag ja gerade diese Behauptung vielen, die andere weltpolitische Probleme zum Vergleich heranziehen, reichlich fühn und übertrieben scheinen, etliche mögen dahinter auch einen alten Wunsch als Vater des Gedankens wittern — recht zu geben scheint aber jenen, die sie formulierten, einmal die ungeheuerliche Aufregung, die sich in Paris und in Prag nicht nur darüber kundgibt, daß das Problem überhaupt wieder einmal aufgerollt ist, sondern vornehmlich über die Art, wie es der Österreicher — und nun nicht mehr er allein — gelöst wissen möchte; und noch schwerer wiegt dann die Tatsache, daß sich in der Beurteilung der ganzen Frage die maßgebenden „Geister“ zu scheiden beginnen.

Während nämlich die Staatskanzleien Frankreichs und seiner östlichen Verbündeten krampfhaft bemüht sind, das Problem nach wie vor zu einem politischen zu stempeln, scheint City und Wallstreet es langsam doch als ein in erster Linie wirtschaftliches ansehen, und bei der notwendig werdenden Lösung der Frage die Unterordnung der Politik unter die Wirtschaft anbahnen zu wollen. Für Frankreich und sein Gefolge ist Österreich, so wie es als „unabhängiger“ Staat geschaffen wurde, lebensfähig, ja muß lebensfähig sein und bleiben, weil dieses Axiom mit einer Stütze für das Gebäude ist, das Frankreich zur Erhaltung seiner Vorherrschaft auf dem Kontinent und die Tschechoslowakei zum Aufbau ihrer Macht auf dem Boden der alten Monarchie und einem gehörigem Stück darüber hinaus aufgeführt haben. Die wirtschaftliche Seite des Problems hat diese Mächtegruppe daher seit je nur soweit interessiert, als eben auch Österreich nicht nur von dem „Wohlwollen“ seiner Schöpfer leben konnte und andere Mächte zu Stützungsaktionen gewonnen werden mußten, damit sich die Illusion von der Lebendigkeit des neuen Staates möglichst lange erhalten ließ. Der Völkerbund leistete mit seinem ganzen Apparate auch in dieser Frage Frankreich treue Gefolgschaft und suchte die Wünsche des Quai d'Orsay durch finanzpolitische Maßnahmen zu fundieren, und der Völkerbundskommissär in Österreich bringt es immer noch zuwege, in seinen Berichten über die Lage des seinem Diktate unterworfenen Staates seine Überzeugung von dessen Lebendigkeit ganz besonders zu betonen, — auch noch zu einer Zeit, in der sich in den anglo-sächsischen Ländern und bei den Kreditgebern bereits die Ansicht durchzuringen begann, daß das Problem „Österreich“ vom Standpunkte der Wirtschaft aus noch lange nicht endgültig gelöst ist, daß dieser Lösung aber im Hinblick auf die politische Situation und die sozialen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa und am Balkan eine größere Rolle zu-

komme als der bisherigen, die allzu einseitig den Standpunkt der Politik betonte. Diese verschiedene Einstellung des Auslandes zum Problem Österreich als einem fast ausschließlich politischen auf der einen Seite und einem in erster Linie wirtschaftlichen auf der anderen hat sich sozusagen in Etappen erst langsam herausgearbeitet.

Als man daran ging, das heutige Österreich am grünen Tisch zu schaffen, sprach nur die Politik. Unwissenheit, Angst vor allem und böser Wille gegen alles, was deutsch war, und kalte Berechnung ließen die Frage, ob dieses aus einem großen Wirtschaftskörper plötzlich herausgerissene und zugunsten der Tschechen um eine Fülle von Hilfsmitteln beraubte deutsche Gebiet der alten Monarchie auch wirklich als Staat lebensfähig sein werde, gar nicht zu ernster Erörterung kommen. Man schuf, was man aus Gründen der hohen Politik brauchte: einen sog. Nationalstaat, der für keine Mächtegruppierung der Zukunft jemals als wertvoller Faktor in die Wagschale fallen konnte, ein bequemes Durchzugsland, ein ergiebiges Objekt zur Ausbeutung, vor allem wieder für den Tschechen, der sich an all dem, was im neuen Österreich an altem Brauchbaren absterben mußte oder was systematisch zugrunde gerichtet werden konnte, bereichern wollte.

Die zweite Etappe markiert das Jahr 1922: Österreich ist als Staat am Verlöschen, seine Bevölkerung in der höchsten Not. Drei Jahre seiner mehr als problematischen Existenz hatten genügt, den Beweis zu erbringen, daß die hohe Weisheit in St. Germain einen Staat geschaffen, der nicht lebensfähig ist. Damit hatte sich die wirtschaftliche Seite des Problems, bis dahin fast nicht beachtet, in den Vordergrund geschoben. Aber auch diesmal diktierte die Politik die Richtung, in der sich die notwendig gewordene Rettungsaktion zu bewegen hatte. Das Resultat dieses Diktates war der Versuch, den Staat Österreich zu sanieren, nicht aber auch seine Volkswirtschaft. Man glaubte — oder tat doch so —, daß die Staatssanierung die Lösung des Gesamtproblems bringen, Österreich lebensfähig machen werde. Fast drei Jahre hat man nun nach diesem Rezept gearbeitet; erst sanft bergauf, dann immer rascher bergab ging die Fahrt des Staatskarrens. Der Börsen- und Bankenkrach kam und das als „kraftstrotzendes Finanzzentrum Mitteleuropas“ gepriesene Wien stand an der Klagemauer. Der große Liquidationsprozeß in der Wirtschaft, so groß, wie ihn kein österreichischer „Sanierungssaboteur“ je auszumalen vermocht hätte, hob an. Heute hält er bei einer absterbenden Industrie, einem Heer von Arbeitslosen, einer Unzahl von Insolvenzen, dem Massenelende, einer tiefen, gefährlichen Unzufriedenheit im ganzen Volke und der bangen Frage: Was nun?

Damit hat Österreich die dritte Etappe auf seinem Leidenswege erreicht. Wird es nun endlich auf die Strecke geschoben werden, an deren Ende die definitive Lösung des Gesamtproblems steht? Weiß Gott — das Volk in der alten deutschen Ostmark, der Träger einer vielgerühmten Kultur hat doch wohl ein Recht darauf erworben, daß nun jene Entscheidungen über sein weiteres Schicksal getroffen werden, die

Seine Lebensfähigkeit, nicht mehr nur die seines Staates, für alle Zukunft sicherstellen. Der Experimente, meint man in aller Bescheidenheit, seien nun wohl genug gemacht; nach so viel Enttäuschungen dürfe man es wohl endlich satt haben, Versuchskaninchen zu sein und Spielball und Schachfigur für politisches Intrigantentum, dürfe jenem Ziele zudrängen, das man seit den Tagen des Zusammenbruches nie aus den Augen verlor, von dem allein man Rettung aus höchster Not und die Lebensfähigkeit erwarten kann. Die Lage, in die die Sanierung des Staates das Volk gebracht hat, ist nun einmal zu ernst, als daß man diesem neuen Experimente zumuten dürfte, die einer Utopie von einem Staate nur auf seine Kosten ein Scheinleben auf kurze Dauer einhauchen könnte. Da ist es natürlich von ausschlaggebender Bedeutung, daß sich Stellen finden, denen man einigen Einfluß zuzutrauen gewohnt ist, die das Problem „Österreich“ richtig als ein Wirtschaftsproblem erkannt haben und es einer gründlichen Lösung zu führen zu wollen scheinen, — wenn es nicht anders geht, auch an den sog. „Friedensverträgen“ vorbei. Die Frage ist nur, ob sie sich durchsetzen werden können und wollen, ehe es zu spät ist, ob nicht am Schlusse eines „freundschaftlichen Meinungsaustausches“ und „leisen Druches“ das arme Österreich sich doch — nach berühmterem Muster — als bequemes Objekt für politische Kuhhändel sehen wird.

Langsam bricht sich im Auslande die Erkenntnis Bahn, daß Österreich wieder dort hält, wo es 1922 stand. Auf gewisser Seite wird man natürlich diese Tatsache nie zugeben wollen. Gleichwohl gebärdet man sich heute genau so wie in jenem Jahre. Woher auf einmal die Ratlosigkeit und Nervosität gerade bei jenen, für die Österreichs Lebensfähigkeit doch außer allem Zweifel steht? Woher die maßlose Wut darüber, daß eine Bewegung wieder aufflammt, die man als längst überwunden wähnte oder doch so hinstellte, als könne für sie kein Boden mehr vorhanden sein, weil der Staat saniert ist, das Volk leben, arbeiten und seine kulturellen Bedürfnisse reichlich befriedigen kann? Warum auch knüpft jetzt die „internationale Diskussion“ an den nämlichen Punkten wieder an, an denen sie damals, zu Beginn der Staatsanierung, abgerissen war? Alte längst bekannte Formeln tauchen wieder auf: Donauföderation, Anschluß an das Deutsche Reich, und Aufteilung; und wie anno 1922 schiebt sich vorsichtig eine vierte ein — die Zollunion mit dem Regno, die auch noch zu mehr ausgebaut werden kann. All dies radikale Lösungen des ganzen Problems und soweit man heute sieht — wohl die einzigen.

Wieder aber sind Kräfte am Werke, die aus Gründen der hohen Politik und aus krassem Eigennutz jede Radikalfür ablehnen, die nur Maßnahmen zustimmen wollen, die nie eine endgültige Lösung der österreichischen Frage bringen können, weil sie im Grunde nichts anderes bedeuten als den Versuch, die Weiter-Sanierung des Staates Österreich nach altem Genfer Rezepte zu erleichtern, mehr noch: im jetzigen Stadium zu ermöglichen. Zu diesen Kräften am Werke gehört vor allem der vielgeschäftige Projektmacher auf dem Stuhle des tschechischen

Außenministers. Als Spießenreiter Frankreichs stellt er einen neuen Plan auf, nichts anderes als eine neuerliche gewaltsame Vereinfachung des ganzen Problems: aus dem einst rein politischen, dann finanz-politisch verbrämten macht Benesch ein *handelspolitisches*. Geholfen soll werden, weil geholfen werden muß, aber wieder nur im Interesse des Staates, „durch günstigere Handelsverträge mit dem Auslande, insbesonders mit den Nachfolgestaaten, die die natürlichen Absatzgebiete Österreichs sind“. Gesezt nun, es gelänge, die österreichische Wirtschaft und damit den Staat, den man nebenbei natürlich nach bewährter Methode weitersanieren muß, auf diesem Wege lebensfähig zu machen — müßte man sich da nicht fragen: wieso kam man erst im Jahre 1925 auf diese geniale Idee, wieso bietet man erst jetzt dem Staat, dessen Handelsbilanz sich *allen sichtbar* von Monat zu Monat verschlechterte, Verträge an, die ihm aus der Schwierigkeit helfen sollen, in die ihn auch jene Handelsverträge bringen halfen, die seine heute so generösen Anrainer bisher mit ihm abgeschlossen haben? Müßte Österreichs Industrie erst zu sterben beginnen, ehe man sich in Prag entschloß, eine solche Lösung vorzuschlagen? Die Antwort auf diese Frage kann nach allen Beobachtungen nur lauten: Ja! Es mußte Österreichs Industrie erst geschwächt werden bis zum Äußersten, in wichtigen Zweigen womöglich ganz verschwinden, weil nur unter solchen Voraussetzungen die Industrien leben können, die die Nachfolgestaaten, allen voran die Tschechoslowakei, sich schufen, um selbst für immer wirtschaftlich unabhängig und lebensfähig zu werden. Der Ausbau der tschechischen Industrie und des Bankwesens ist nahezu vollendet, der Prozeß der sog. *Nostrifizierung* der alten böhmischen, auch nach dem Zusammenbruch noch nach Wien als dem gewohnten Zentrum gravierenden Industrie ist abgeschlossen, Österreichs Industrie frank, verkleinert, nicht mehr zu fürchten — jetzt kann man mit schöner Geste den Wohltäter spielen, die Grenzen ein wenig mehr öffnen, die Zölle etwas ermäßigen, kann ruhig Handelsverträge abschließen, die Österreich vielleicht auf ein Bein stellen, kann aber vor allem eine wirkliche Lösung des Problems solange hinausschieben, bis der Rest an wirtschaftlicher und damit auch politischer Selbständigkeit, den Österreich den Nachfolgestaaten gegenüber noch zu retten vermochte, ganz vernichtet ist, bis der Staat reif ist — Mandatsgebiet der Tschechoslowakei zu werden.

Vom Handel Österreichs, seinem Export besonders nach den Nachfolgestaaten wird in der nächsten Zeit viel die Rede sein. Daher seien ein paar Daten aus dem erreichbaren Materiale gebracht und hier eingeschoben. Die neueste Handelsstatistik weist nun nach, daß Österreichs Handel gerade mit den Nachfolgestaaten im Jahre 1924 mit einem Passivum von 529 Millionen Goldkronen abschloß. Nur der Verkehr mit Rumänien und Jugoslavien brachte den geringen Überschuß von 30 bezw. 37 Millionen, nimmt jedoch, wenn man die Jahre 1922 und 1923 zum Vergleich heranzieht, stetig ab. Das Passivsaldo im Verkehr mit der Tschechoslowakei und Ungarn wächst ständig. Zu den Zeiten

der alten Monarchie waren die heutigen Nachfolgestaaten das Hauptabsatzgebiet für jenes Innerösterreich, dessen Grenzen mit denen des heutigen Österreich annähernd zusammenfallen. Man hat nun errechnet, daß der Export in das neue Ausland heute „zu $\frac{5}{6}$ durch Zoll-, Verbots- und Devisenpolitik, kurz durch die ganze bewußt oder unbewußt gegen Österreich gerichtete Verkehrspolitik verloren gegangen ist“. An Hand solcher Tatsachen ist es wohl unnütz, sich in langen Erörterungen darüber zu ergehen, ob die von Benesch vorgeschlagenen neuen Handelsverträge je imstande sein werden, Österreichs Export nach den Nachfolgestaaten wesentlich zu beleben, seinen Produkten ein Absatzgebiet auch nur in bescheidenem Ausmaße zurückzuerobern, das schon deshalb — zum größten Teile unwiederbringlich — verloren gegangen ist, weil jenseits der so lange — für die Entwicklungsmöglichkeiten der Nachbarn lang genug — gesperrten Grenzen eine eigene Industrie entstanden ist, die den Import aus Österreich überflüssig macht. Wenn man dann aber sieht, daß trotz aller großen Schwierigkeiten der Absatz der österreichischen Industrie nach dem Deutschen Reich hin sich vergrößert hat, so zwar, daß er heute unter allen Ländern des alten Auslandes die größte Ziffer ausmacht, dann wird man wohl zur richtigen Bewertung des Benesch'schen Projektes gelangen.

Muß die Erkenntnis, daß wieder mit so viel Raffinement an einer endgültigen Lösung des Problems „Österreich“ vorbeigearbeitet wird, nicht wesentlich dazu beitragen, daß in Österreich jedes Gefühl für diesen Staat verloren geht, dessen sogenannter „Unabhängigkeit“ zuliebe das Volk alles opfern mußte, was das Leben lebenswert machen kann, daß die Sehnsucht nach einer Radikalfür ständig wächst? Wenn man vom Problem Österreich spricht, ist es ausgeschlossen, an einer kurzen Kennzeichnung jener radikalen Lösungen vorbeizugehen, die seit dem Bestehen des Staates immer wieder zur Diskussion gestellt werden.

Das Projekt der Aufteilung Österreichs — wenn es überhaupt je ein solches gegeben hat — kann in keiner Form ernstlich in Erwägung gezogen werden, auch wenn es von gewissen Kreisen gelegentlich noch als eine Art Kinderschreck verwendet werden wird. Die anderen drei Radikalfür, die in Frage kommen, haben ein gemeinsames Ziel: Österreich als Staat durch den Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet die — nach Lage der Dinge einzige — Möglichkeit zu schaffen, lebensfähig zu werden. Welches der drei Projekte vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für Österreich die größere Bedeutung hat, läßt sich nicht ohne weiteres abschätzen, doch wird angenommen werden können, daß wohl jedes dem Staaate die Möglichkeit bieten würde, seine nackte Existenz zu fristen. Allt ist das Bedenken industrieller Kreise in Österreich gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland und ihre Hinneigung zur Donauföderation, oder wie man jetzt so gerne sagt, zum „engeren währungs- und handelspolitischen Zusammenschluß mit den Nachfolgestaaten“. Aber die Wirtschaftspolitik eben dieser Nachfolgestaaten, die darauf ausgeht, daß heutige Österreich unter keinen Umständen seine frühere Stellung im Wirtschaftsleben der Monarchie wieder-

gewinnen zu lassen, korrigiert langsam diese Einstellung selbst in jenen Kreisen, die ihre Interessen bis vor kurzem noch auf tschechischem Gebiete liegen sahen. Daß die tschechische Industrie- und Bankwelt die österreichische Industrie „zarter und rücksichtsvoller“ behandeln werde, als es die deutsche im Falle des Anschlusses täte, kann nach den Erfahrungen der letzten Jahre niemand mehr annehmen. Auch der Glaube an die Donauföderation oder an irgend eine der verschiedenen Kombinationen, die zu ihr führen, als ausreichende Garantie dafür, daß Österreich in diesem der alten Monarchie auch vom wirtschaftlichen Standpunkt ähnlichen Staatenkonglomerat auf die Dauer lebensfähig sein werde, nimmt ständig ab. Und man kann ohne zu übertreiben sagen: diesem Projekte ist in Österreich, wo man es in ernst zu nehmenden Kreisen immer nur vom wirtschaftlichen Standpunkte aus wertete und nur in legitimistischen Zirkeln aus politischen Gründen und vagen Hoffnungen hätzchelte, längst ein ehrenvolles Begräbnis sicher gewesen; es hätte gar nicht der schweren Abfuhr bedurft, die die kleine Entente den österreichischen Anhängern der Idee durch ihre letzten Beschlüsse auf der Bukarester Tagung versezt hat. Man hatte in Bukarest das Projekt der Donauföderation natürlich nur von politischen Gesichtspunkten aus erörtert und nur aus politischen Motiven — wirtschaftliche kamen ja für diese Staaten nicht in Betracht — abgelehnt, trotzdem es Frankreichs Herzenstwunsch geblieben ist, weil es allein geeignet ist, das Gespenst des Anschlusses endgültig zu bannen. Mit viel Nachdruck, viel Überhebung und reichlicher Kränkung für das ausgesogene Österreich hat der neue „Oberste Rat für Mitteleuropa“ sich dem bereits skizzierten Plane Benesch's angeschlossen, der Degradierung des Problems „Österreich“ also zu einer „handelspolitischen Detailfrage“; hat aber auch den Anschluß an Deutschland zum weiß Gott wievielten Male verboten und ein Weiterhumpeln auf dem mehr als steinigen Pfade der Sanierung verlangt. Damit ist nun natürlich die österreichische Frage noch lange nicht aus der Welt geschafft; einem Stehaufmännchen gleich wird sie solange ihre Existenz betonen, bis sie nicht ganz gründlich bereinigt sein wird.

Der eine der beiden noch verbleibenden Wege dazu ist die Zollunion mit Italien. Raum erst angedeutet, ist sie vielleicht dazu bestimmt, in jenen Tagen aufzutauchen, in denen Österreich wie im Jahre 1922 seine vitalsten Interessen vor dem hohen Rat in Genf wird verteidigen müssen; vielleicht verschwindet das Projekt dann wieder, wenn es seine Schuldigkeit getan hat, vielleicht hat ihm aber Mussolini mit dem österreichischen Außenminister bereits eine derartige Form gegeben, daß es sehr ernst genommen zu werden verdient. Zweifellos eröffnet diese Kombination für die österreichische Wirtschaft allerlei verlockende Perspektiven — und wäre es auch nur die, aus der jetzigen Bedrängnis ehebaldigst herauszukommen, aber — was wird die hohe Politik wieder dazu sagen, die in Paris, Prag und Belgrad betrieben wird? Virgt denn dieses Projekt angesichts der verschiedenartigsten Möglichkeiten seines Ausbaues in politischer Hinsicht für die drei „Machtzentren“

nicht ungleich größere Gefahren in sich als der Anschluß Österreichs an Deutschland? Wird da der Anschlußgedanke, der jetzt die Gemüter und Gehirne so vieler Politiker und Politikaster in den Staatskanzleien und Redaktionsstuben beschäftigt, noch konkurrieren können um den ersten Platz als „Störefried“ und Erzeuger eines europäischen „Wirbels“? Bis jetzt ist er allein das rote Tuch für Frankreich und seine Freunde. Nun aber noch ein Plan aus der Versenkung aufgetaucht und, wenn auch erst in schwachen Umrissen sichtbar, an die Seite des Anschlußprojektes getreten ist, wird man wohl zu vergleichen beginnen. Vielleicht ist auch rascher, als man sichs heute denkt, das Muß da, das zum Wählen zwingt. Die Flicken, die man dem lebensunfähigen Österreich wieder umhängen will, werden nicht lange halten.

Der Anschluß! Unendlich viel ist darüber geschrieben worden und wird noch geschrieben werden; unendlich viel ist gelogen worden und wird noch gelogen werden. Es ist ganz unmöglich, auf all das ungereimte Zeug einzugehen. Nur einiges sei kurz gestreift, was man über die Einstellung des Österreichers selbst zum Anschluß zusammendichten zu können glaubt. Da taucht z. B. immer wieder die Bemerkung auf, der Anschluß sei für den Österreicher lediglich eine „Magenfrage“. Vielleicht wird man auch aus diesen Zeilen herauslesen wollen, daß nur wirtschaftliche Überlegungen hierzulande diese große Bewegung schufen und immer wieder anzufachen imstande sind. Wenn hier der wirtschaftliche Standpunkt besonders betont, wenn immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß die österreichische Frage derzeit eine fast ausschließlich wirtschaftliche ist, so geschah das, weil dem so ist, weil die Lebensfähigkeit des Staates und des Volkes tatsächlich in Frage steht. Und dann: wenn man vom Problem Österreich spricht und über die Lösungsmöglichkeiten, wenn man alle die verschiedenen Projekte erwähnt und gegeneinander abwägt, so muß man das ihnen Gemeinsame besonders betonen. Tatsache ist aber, daß in erster Linie Stammesbewußtsein, uralte Kulturzusammenhänge, nationales Denken und Fühlen den Österreicher heimtreibt ins Reich. Denn das, was der Franzose und seine Freunde so gerne haben möchten: die „österreichische Nation“, gibt es nicht. „Die Einheit der deutschen Nation ist nach Art und Sitte, Gebrauch und Sprache über jeden Zweifel erhaben. Sie ist unvergleichlich inniger als etwa in dem politisch geeinten Italien... Wir sind ein deutscher Stamm und werden es immer bleiben!“ Diese Worte schrieb jüngst nicht ein „hysterischer Nationalist“, sondern der ehemalige Ministerpräsident aus den Tagen Kaiser Karls, Max Hussarek. Man hat in ihm bisher einen Anschlußgegner, Legitimisten und für die Donau föderation eingestellten alten Politiker von Form gesehen. Und er schrieb derlei im „Neuen Reich“, dem Organe der Klerikalen, Ultramontanen in Österreich, in dem nämlichen Blatte, das sich seit Jahr und Tag bemüht, gegen den „Borussianismus“, unter dem nur der Protestantismus zu verstehen ist, gegen Preußen und für Frankreich in der Rheinlandfrage und für ein großes katholisches Habsburgerreich Stimmung zu machen. Und derselbe Hussarek konstatiert an der näm-

lichen Stelle: es „muß damit gerechnet werden, daß bei einer Volksabstimmung sich mindestens 95 Prozent der Wähler für den Anschluß aussprechen würden“.

Der deutsche Stamm in Österreich gilt als weich; aber er hält zäh fest an dem, was er als seine Lebensnotwendigkeit erkannt hat. Man wage es doch und lasse ihn an die Urne! Einmal wird — und das ist seine unerschütterliche Überzeugung — auch ihm das Recht werden, sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Wirtschaftsstufen.

Von Hans Mettler.

Die bestimmte Auseinanderfolge wirtschaftlicher Verhältnisse bei den verschiedensten Völkern zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Kulturreisen zeigen bei näherem Zusehen vielfach ähnliche Erscheinungen und gleichen Ablauf in der Entwicklung. Es decken sich die wirtschaftlichen und sozialen Zustände eines Volkes des hellenischen, romanischen und germanischen Kulturreises gar oft. Zwischen der Frühzeit, der Blütezeit und der Zerfallperiode verwandter und auch räumlich und zeitlich getrennter Völker lassen sich Parallelen ziehen und gemeinsame Züge aufdecken. So haben sich Entwicklungslinien ergeben, die in ihrem Verlaufe eine seltsame Übereinstimmung erkennen lassen.

Die nationalökonomische Wissenschaft hat sich dieser Erscheinungen angenommen und ihre wirtschaftliche und soziale Seite erforscht und beschrieben. Auch die Historiker haben sich dieses Feld der Forschung nicht entgehen lassen. So hat neuerdings Oswald Spengler auch diesen Acker gepflügt.

Als eigentlicher Begründer der ersten Wirtschaftsstufentheorie darf Friedr. List (Das nationale System der politischen Ökonomie, 1841), der deutsche Borkämpfer des Schutzzolles als Erziehungszoll, angesehen werden. Ihm folgten bald andere und die nationalökonomische jüngere historische Schule, welche in Opposition gegen den klassischen Liberalismus Frankreichs und Englands erwuchs, hat sich namentlich der Erforschung dieser eigenartigen Übereinstimmungen gewidmet und sie nach mannigfachen Kriterien zu gliedern versucht.

List schied nach der vorher schieden Produktionstheorie in die Stufen der Jagd und Fischerei, der Viehzucht, des Ackerbaus, des Ackerbaus und Gewerbes, und des Agrikultur-Manufaktur-Handelsstaates. — Diese Scheidung ist zumindest einseitig; es hält nicht schwer, in allerneuester Zeit noch Staaten nachzuweisen, wo mehrere der von List geschiedenen Stufen nebeneinander gleichzeitig vertreten sind. Aber List hat zum ersten Mal eine Wirtschaftsstufentheorie aufgestellt und damit ein bleibendes Verdienst erworben.

Bruno Hildebrand wollte die Formen des Verkehrs zu Grunde gelegt wissen und schied in Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft. Hildebrand mußte daher das Unzulängliche der List'schen Scheidung erkannt haben und suchte sich seinen Maßstab anderswie, indem er fragte, zu welchen Zeiten man in Naturalgütern getauscht oder im Verkehr ein Geldzeichen als Preis gegeben oder aber, wie bei der Kreditwirtschaft, man durch ein Zahlungsversprechen beglichen habe. Aber auch der Hildebrand'sche Maßstab ist unzulänglich aus dem gleichen Grunde wie derjenige Lists.

Bücher schied nach der Größe des Absatzgebietes in die geschlossene Haushirtschaft, die reine Eigenproduktion und tauschlose Wirtschaft ist, in die Periode der Stadtwirtschaft mit ihrem direkten Austausch der Güter zwischen zwei Privatwirtschaften und in die Volkswirtschaft, wo die Güter eine Reihe von Privatwirtschaften durchlaufen.